

Es geht nur gemeinsam!

Bolivien und Deutschland im Gespräch

Barbara Wiegard

Pressesprecherin, MISEREOR · BERLIN

Ein Interview über Chancen für einen sozial-ökologischen Wandel zu einem Guten Leben für alle mit dem bolivianischen Globalisierungskritiker Pablo Solón und mit Markus Bükler, Leiter der Lateinamerika-Abteilung bei MISEREOR.

„Es geht! Anders.“: Es muss anders gehen, damit wir die Schöpfung bewahren können, damit ein Gutes Leben für alle möglich ist. Aber wie? Welche kirchlichen Hebel gibt es, um einen gesellschaftlichen Wandel in diese Richtung zu unterstützen?

Markus Bükler: Papst Franziskus lädt in seinem Schreiben ‚Laudato si‘ alle Menschen guten Willens ein, die vorherrschenden Lebens- und Konsummuster sowie Wirtschaftsmodelle zu hinterfragen. Denn ein „Weiter so“ würde die Zerstörung des Lebens auf unserem Planeten bedeuten. Gleichzeitig befinden wir uns in Deutschland mit unserer Kirche auf einem Synodalen Weg, der nur innerkirchliche Probleme in den Blick nimmt. Das halte ich für ein großes Defizit. Die Fragen, wie wir damit umgehen, dass wir vor einem ökologischen Kollaps stehen, wie wir mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit herstellen können und welche Rolle die Kirche bei dieser gesamtgesellschaftlichen Riesenaufgabe in Deutschland einnehmen müsste, wird ausgeklammert. Katholische Kirche in Deutschland müsste und könnte im Geist von ‚Laudato si‘ die Grundannahme von unbegrenztem Wachstum auf Kosten von Mensch und Natur, unsere Konsum- und Produktionsmuster infrage stellen und somit einen viel stärkeren Impuls für die Diskussion um Veränderung geben und selber vorangehen.

Wenn es um die Bereitschaft zu Verzicht und Einschränkung im Interesse des Gemeinwohls geht: Wo könnte ein Konsens gefunden werden in der Diskussion zwischen Menschen, die sich um das Ende der Welt sorgen und denen, die sich um das Ende des Monats sorgen?

Pablo Solón: Das hängt ganz davon ab, mit welchem sozialen Hintergrund man die Diskussion führt. Ist es ein Städter mit einem hohen Einkommen oder ein Mitglied einer indigenen Gemeinschaft in abgelegenen Gebieten des Amazonasgebiets? Oder ist es eine angestellte Arbeiterin in einer Kohlemine, für die eine Energiewende möglicherweise den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet? Fest steht, dass all diese Gruppen gemeinsam den Dialog führen müssen. Es geht auch nicht nur um individuellen freiwilligen Verzicht, sondern auch um staatliche Interventionen. Der Staat muss bestimmte Aktivitäten limitieren, die dem Gemeinwohl schaden. Das kann Maßnahmen im Verkehr oder Wirtschaftsaktivitäten betreffen. Das Wichtigste ist aber, dass wir uns in die Lage von anderen hineinversetzen, um Lösungen zu finden und nicht nur eigene Interessen berücksichtigen.

Markus Bükler: Ich glaube auch nicht, dass es eine Frage von Konsens ist! Es wird sicherlich zu vielen politischen, ökonomischen und auch sozialen Konflikten kommen, wenn wir darüber streiten, wer auf was verzichten muss, welche Lebensstile nachhaltig genug sind und welche gesetzlichen Eingriffe es braucht. Dennoch müssen wir uns dieser Diskussion stellen. Es ist eine Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft, den Wandel so zu gestalten, dass eine größere soziale Gerechtigkeit entsteht.

Derzeit gibt es keine absehbaren demokratischen Mehrheiten für einen sozial-ökologischen Wandel, für einen breiten Willen zum Verzicht auf individuelle Mobilität wo es möglich ist, auf Inlandsflüge, Fleischkonsum aus Massentierhaltung. Hat die Bereitschaft zum „Maß halten“ in absehbarer Zeit eine realistische Chance?

Pablo Solón: Da bin ich mir sicher! Wir sehen gerade auch in Zeiten der Pandemie, dass die Realität, die Natur, uns dazu zwingt, einen anderen Lebensstil zu führen. Wer hätte gedacht, dass wir es von heute auf

morgen akzeptieren müssen, nicht zu reisen, nicht zu fliegen, weniger Auto zu fahren. Wir Menschen haben unser Konsumverhalten reduziert, weil wir es mussten. Ganze Wirtschaftsbereiche müssen sich in Zukunft ändern. Und diese Änderungen entstehen aus einer Notwendigkeit, Krisen zu begegnen, nicht nur der Corona-Krise, sondern auch der Klimakrise und anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen auf der Welt.

Markus Bükker: Momentan gibt es in Deutschland keine demokratischen Mehrheiten für einen Wandel zu einer sozial-ökologischen Transformation und einem dementsprechenden Wirtschaften. Aber auch ich sehe es so, dass die Realität uns einholt und uns dazu zwingt, einen anderen Weg einzuschlagen. Und es gibt winzige Hoffnungszeichen dafür: An vielen Stellen sieht man, dass die Politik die Notwendigkeit zu einer „grüneren“ und fairen Wirtschaft erkannt hat, nehmen wir nur die Tatsache, dass ein deutsches Lieferkettengesetz bis in die Regierung hinein zustimmend diskutiert wird. Doch die Grundannahmen bleiben unhinterfragt.

Wie steht es um die Diskussion um einen ökologischen Wandel, um eine Bereitschaft des Verzichts und Einschränkungen in Bolivien? Wo ist uns Bolivien voraus?

Pablo Solón: In Bolivien hat die massive Zerstörung des Regenwaldes tatsächlich ein neues Bewusstsein geweckt: Wir müssen unseren Lebensraum bewahren. Wir müssen die Waldrodungen im Amazonas, die Massentierhaltung, die Entwicklung immer neuer Pestizide und genmanipulierten Saatguts beenden. Vor drei Jahren noch wäre diese Diskussion so nicht möglich gewesen, aber heute gibt es in Bolivien eine starke Meinungsfraktion, die deutlich macht, dass die Zerstörung des Amazonas verhindert werden muss. Gleichzeitig haben wir eine Regierung, die wirtschaftliches Wachstum einseitig durch die Gewinnung von Bodenschätzen erreichen will und damit weiter Raubbau an der Natur betreibt.

Die große Stärke Boliviens und der Andenländer ist aber die Existenz der indigenen Bevölkerungsgruppen in den Anden und in Amazonien. Sie haben sich eine Lebensweise im Einklang mit der Natur bewahrt. Im direkten Kontakt mit der Natur zeigen sich die Grenzen der Ausbeutung ganz klar.

Haben sich Lernprozesse durch die Corona-Pandemie ergeben, die uns auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation voranbringen?

Markus Bükker: Die Pandemie hat allen vor Augen geführt, wie wichtig Investitionen in ein öffentliches Gesundheitswesen sind, vor allem in den ärmeren Ländern. MISEREOR will Organisationen weltweit stärken, die von den Regierungen das Recht auf Gesundheit einfordern. Darüber hinaus steigt mit wachsender Aufklärung rund um das Thema Gesundheit das Bewusstsein für eine gesunde, natürliche Ernährung. Vor allem zeigt uns die Pandemie aber: Wir sind nicht die Herrscher über die Natur, sondern Teil der Natur.



Im Interview: Pablo Solón (links) und Markus Bükker

Welche konkreten Handlungsoptionen haben wir?

Pablo Solón: Wir können einen nachhaltigen Wandel nur erreichen, wenn wir im Globalen Süden und Norden zusammenarbeiten und uns solidarisieren. Deutschland hat zum Beispiel beschlossen, ab 2023 das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat zu verbieten. In Bolivien breitet sich die Nutzung von Glyphosat und weiteren hochgiftigen Produkten aber immer weiter aus. Warum gibt es da doppelte Standards? Warum wird ein Produkt, das schlecht für Deutschland ist, nicht auch für den Export nach Bolivien verboten? Wenn sich die Zivilgesellschaft, wenn Menschen sich überall auf der Welt für ein gemeinsames Anliegen verbinden, um gegen Umweltzerstörung und Missachtung von Menschenrechten in Lieferketten zu protestieren, dann erreichen wir auch einen nachhaltigen Wandel, der auf internationaler Ebene stattfindet.

Vielen Dank für dieses Gespräch.